

Der Gesellschafter

Amts- und Anzeigebblatt für den Oberamtsbezirk Nagold
Nagolder Tagblatt

Reg.-Nr. 1226

Preisproben 20

Anzeigen-Gebühr für die
einzelne Zeile aus ge-
wöhnlicher Schrift oder
deren Raum bei einmaliger
Einrückung 20 Pf.
bei mehrmaliger, Rabatt
nach Tarif. Bei gerichtl.
Beitragung u. Konkurs
ist der Rabatt hinfällig.

Verbreitete Zeitung
im Oberamtsbezirk

Telegraphen-Adress:
Gesellschafter Nagold
Postfachamt
Stuttgart 5117

Nr. 297

Montag den 22. Dezember 1919

93. Jahrgang

Deutsche Nationalversammlung.

WEI, Berlin, 19. Dez. Auf eine Anfrage des Abg. Kuntze (US) wegen der Verletzung der Immunität unabhängiger Abgeordneter durch den Reichswehrminister, die im Reichs-Tag zur Sprache gekommen sei, antwortete Reichswehrminister Noske: Eine Instruktion vom 9. Juni besagte: Für den Fall eines ernsten Aufstandes befehle ich: Der Aufstand ist mit allen zu Gebote stehenden Mitteln so schnell wie möglich niederzuschlagen. Während der Dauer des Aufstandes sind alle Personen, die am gewaltsamen Sturz der Regierung teilhaftig teilnehmen, sofort festzunehmen (Hört, Hört! bei den Unabh.) Dagegen schlägt die Immunität auch nicht, das ist selbstverständlich. Der Punkt hat sich daher auch scheinbar aus Bremen in Sicherheit gebracht. (Lachen bei den Unabhängigen, Lachen bei der Mehrheit.) Die Instruktion war eine militärische Maßnahme, für die ich allein die volle Verantwortung habe. Die Immunität der Abgeordneten, die sich an verbrecherischen Umwälzungen nicht beteiligen, ist nicht bedroht. Darüber ist kein Zweifel. (Lärm bei Abg. Frau Hies: das Sie ein Wacker sind! — Bisepresident Kober rief die Abg. Frau Hies zur Ordnung) daß die gesamte Reichsregierung seitenschlossen sei, jeden Versuch, durch Aufruhr oder Gewalt die Staatsfreiheit und das Leben der Staatsbürger oder die Sicherheit der Republik zu gefährden, niederzuschlagen.

Es folgen die Interpellationen Arnstadt und Dr. Feinze über Wirtschaft- und Steuerpolitik, sowie das unablässige und ungeheure Steigen aller Preise. Abg. Hugo (DVP) begründet die Interpellationen. Die Regierung muß den Produktionsprozess steigern. Die Kaufkraft des Geldes muß aufrecht erhalten werden. Die Steuerpolitik vernichtet unseren Kredit. Die Rohstoffförderung hat sich glücklicherweise gehoben, aber noch nicht genug. Unsere Ernährungslage ist zu schwach. Am Ende des Jahres müssen wir Getreide vom Ausland kaufen. Die Preissteigerungen kosten das Reich Millionen. Natürlich müssen die Gehälter und Löhne der wirtschaftlich Schwachen entsprechend erhöht werden.

Dr. Mann (D) begründet sodann die Interpellation Arnstadt betreffend die Ein- und Ausfuhr. Ein und Ausfuhr sind planlos. Der Stand der Valuta wird ins Unberechenbare getrieben. Deutsche Unternehmungen und Grund und Boden kommen in die Hand des Auslandes. Die Rüstungsindustrie wächst ins Ungeheure. Die Kompetenzen der Behörden sind nicht genau abgegrenzt. Planlosigkeit und Unentschlossenheit herrschen in allen Kreisen. Gewaltige Summen sind nutzlos verthan. Will die Regierung jetzt endlich gegen diese Mißstände vorgehen?

Minister Schmidt: Sie (nach rechts) haben sich früher nicht gekümmert, den Arbeitern aus dem Osten menschenwürdige Wohnungen anzubieten und sie wie das Vieh zu behandeln. (Lärm rechts: Unterhört, unwahr!) Schleier sind auch in anderen Kreisen zu suchen. Weder die Einfuhr noch die Ausfuhr ist frei. Sie steht unter Kontrolle. Das Ernährungsgeld unserer Kinder entströmt uns alle. Aber gerade Herr Mann hat gegen jedes Friedensangebot gestimmt. Der Friede 2 Jahre früher hätte uns alles Glend erspart. Sie wollen die Freiheit des Handels? Nein, die Freiheit der Ausbeutung! (Lärm rechts.) Die Regierung will den Wohnungsbau in der Praxis fördern. Wir bemühen uns, Rüstungsmittel einzuführen. Aber so viel Privatcredit, wie das nötig ist, ist nicht aufzutreiben. Herr Dr. Hugo will den freien Handel und will die Löhne entsprechend heraufsetzen. Dann müßten wir 10 Mark Stundenlohn zahlen und dann hätten wir erst die Katastrophe. Die Regierung wird dem Volke sagen: Für (nach rechts) seid die Brotverkäufer, die aus der Konjunktur ihren Nutzen ziehen wollen. (Beifall bei der Mehrheit, Lärm rechts, Rufe: Wählrede.) Das deutsche Volk muß unabhängig sein von irgend einer Interessententique. Ohne die Regierung damit loben zu wollen, es ist in diesem Jahre auf wirtschaftlichem Gebiet Ungeheures erreicht worden. Hinter der Volkswirtschaft diejenigen, die den freien Handel wollen, steht ein materielle Begehrtschmerz. (Beifall bei der Mehrheit.)

Minister Erzberger: Die Interpellanten sind lange nicht vollständig erschienen. (Lärm und Zwischenrufe von allen Seiten. Worte des Präsidenten.) Unterlassungen der Regierung sollen nach den Interpellationen die letzte schlechte Lage herbeigeführt haben. Das ist die größte Geschicklichkeit, die je ausgesprochen wurde. Uns selbst ernähren können wir nicht. Wir werden immer Futtermittel, Rohstoffe und Nahrungsmittel vom Ausland brauchen. Die Regierung hat die Pflicht, regulierend in das Wirtschaftsleben einzugreifen. Ihre Politik (nach rechts) ist keineswegs mehr staats-erhaltend. Wir werden im nächsten Monat mit ganz zehnjährigen Plänen hervortreten in der Wohnungsfrage, besonders für die Bergarbeiter.

Präsident Freydenberg erklärt, nach der Geschäftsordnung müssen die Interpellanten jetzt die Besprechung beantragen, sonst wären die Interpellationen erledigt. Schulz-Braunberg (D) stellt darauf fest, daß ein Beratungsamt jederzeit eingebracht werden kann. Er bezweifelt die Beschlußfähigkeit des Hauses.

Dr. Cohn (US) stimmt dem Präsidenten zu. Nach weiterer Geschäftsordnungsansprache, die ziemlich erregt verläuft, beantragt Dr. Feinze (DVP) die Besprechung der Interpellationen.

Der Antrag wird von der Mehrheit und einigen Unabhängigen unterstützt. Die Unterstützung reicht nicht aus. Damit sind die Interpellationen erledigt.

Nächste Sitzung 13. 1. 1920, 2 Uhr nachmittags. Tagesordnung: Betriebsrätegesetz.

Die politische Aussprache im Landtag.

p Stuttgart, 19. Dez. Zu Beginn der heutigen Sitzung des Landtags gab Präsident Reil die Anregung, alle auf Eisenbahnbau- und Ernährungsfragen bezüglichen Eingaben den Volkswirtschaftlichen Ausschuss zu überweisen. Auf eine Anfrage des Abg. Untenheil (D) wegen des Entwurfs eines Vermarktungsgesetzes erwiderte Finanzminister Viesching, daß dieser 1913 dem Landtag vorgelegte Entwurf in veränderter Fassung wieder eingebracht werde, ob er aber angesichts des Uebergangs des Vermessungswesens an das Reich im Landtag noch verabschiedet werde, sei fraglich. Auf die Anfrage des Abg. Hiesler (U) wegen der Alarmierung der Einwohnerwehr in Neckarhulm gab Minister des Innern Heymann eine Antwort aus der hervorging, daß die Regierung nur ihre Pflicht getan habe, als sie Vorkehrungsmaßnahmen traf. Eine Besprechung der Anfrage wurde abgelehnt. Sodann wurde die politische Aussprache zu Ende geführt. Der Abg. Ströbel (D) begann mit einer scharfen Abwehr der Angriffe des Abg. Hausmann auf seinen Parteifreund Bazille; das diesem gegenüber gebrauchte Wort „Flegel“ werde die Bürgerpartei Herrn Hausmann nie vergessen. Die Rede habe die eigenen Freunde Hausmanns nicht angenehm berührt, unter denen sich Leute befänden, die genau dieselben Anschauungen als Vaterlandsparteiler gehabt hätten, wie die Bürgerpartei. Neben dem Parlament verlangte Ströbel eine Verfassungskonferenz. Das jetzige Existent der Berufung von Beamten sei ungesprochen Parteiberrückung. Bei den Steuern werde Württemberg halb überhaupt nichts mehr zu sagen haben. Gegenüber dem Reich müsse mehr Nachdruck gezeigt werden. Der Redner stellte drei Forderungen auf: Produktionsförderung oder Freiheit auf wirtschaftlichem Gebiet, Arbeit, Verminderung der Steuern, Gleichmachung der Bevölkerung. Unterstaatssekretär Hiesler machte die Mitteilung, daß die seitherige einheitliche Verwaltung der Post in Württemberg gesichert sei. Minister Heymann wies die Angriffe Bazilles gegen die Sozialdemokratie zurück, für die er in Anspruch nahm, daß es gar keine parlamentarische Partei in Deutschland gebe als sie. Die Staatsumwälzung vom November 1918 sei nicht die Revolution gewesen, sondern nur deren Wirkung. Der wahre Revolutionär sei der Krieg gewesen. Staatspräsident Vios verwies gegenüber Ströbel darauf, daß unsere Vertretung in Berlin nur aus Württembergern bestehe und Finanzminister Viesching betonte, daß der völlige Zusammenbruch des alten militärischen Systems vor der Revolution erfolgt sei. Als maßgebend für die Vertretung der einzelstaatlichen Interessen in Berlin bezeichnete er die Rücksicht auf das Wohl der Gesamtheit des Deutschen Reiches. Hiesler (U) polemisierte gegen die Rechte und die Mehrheitssozialisten. Gegen die persönlichen Angriffe des Abg. Hausmann wandte sich Bazille, der auch dem Vornamen des Ministers Heymann, daß es auch Bolschewisten von rechts gebe, entgegenstand. Der Abg. Hausmann habe seinen (Bazilles) Vater und Mutter in die Debatte gezogen, seinen (Bazilles) Beruf als Oberamtmann herangezogen. Diese persönliche Auseinandersetzung erfuhr eine ziemlich scharfe Zuspitzung und bildete den Schluß der ziemlich ausgedehnten Sitzung. Dem Präsidenten wurde die Ermächtigung zur Festsetzung des Tages und der Tagesordnung der nächsten Sitzung erteilt. Mit herzlichem Wünschen für ein angenehmes Weihnachtsfest schloß Präsident Reil die Sitzung.

Tages-Neuigkeiten.

Die Frage des Einheitsstaates.

München, 19. Dez. Die „Korrespondenz Blätter“ melden ausführlich: Mit Rücksicht auf die Beunruhigung, die in der Öffentlichkeit durch die Verhandlungen in der preussischen Landesversammlung über die Schaffung eines deutschen Einheitsstaates ausgeht worden ist, hat die bayerische Regierung sich telegraphisch mit der dringenden Bitte an die Reichsregierung gewandt, sobald wie möglich die Regierungen der Länder zu einer Besprechung der Angelegenheit zusammen zu berufen.

Groß-Thüringen.

Weimar, 19. Dez. Der Volktrat von Thüringen hat in seiner heutigen Sitzung den vom Weimarer Landtag in seiner Denkschrift vom 12. Dez. 1919 gestellten Bedingungen über den Eintritt Meiningens in die thüringische Staatengemeinschaft einstimmig zugestimmt und zugleich beschlossen, eine Kommission einzusetzen, die die Beziehungen zum Reich regeln soll und erneut Verhandlungen mit Preußen in die Wege zu leiten zwecks Aufnahme preussischer Gebietsteile in die thüringische Staatengemeinschaft. Durch den Beitritt Meiningens zur thüringischen Staatengemeinschaft ist nun-

mehr der Zusammenschluß aller thüringischen Gliedstaaten mit Ausnahme Koburgs, das in Bayern aufsteht, erfolgt.

Die Betriebsleistungen der Eisenbahnen

betragen jetzt laut „Berliner Lokalanzeiger“ 63% gegenüber den Friedenszeiten. Der Güterverkehr erreicht ungefähr 80% der Friedensleistung. Wenn trotzdem starke Störungen im Wirtschaftsleben noch nicht behoben sind, so ist das wesentlich eine Folge der Verpflichtung der Eisenbahnverwaltung, vor allem die Lebensmitteltransporte über weit ausgedehntere Strecken auszuführen als im Frieden. Unzählige Kilometer werden verfahren, zahllose Güterzüge beansprucht, die im Frieden anderen Zwecken dienen konnten.

Ein staatsrechtliches Kuriosum.

D. A. L. Ein staatsrechtliches Kuriosum ist folgendes: Die Reichsregierung hatte in feierlichem Auftruf alle diejenigen der deutschen Staatsbürgerschaft für verlustig erklärt, die in falscher Verblendung und verführt vom Verhängnisgedanken an eine künftige Aufhebung für selbständiges Kämpfen im Baltikum gegen Letten und Bolschewisten sich entschieden hatten. Jegliche Zufuhr der Rohnahrung wurde ihnen gesperrt, es war das letzte verzweifelte Mittel eines ohnmächtigen Staates, um durch die Androhung allerhöchster Strafen (natürlich nur unter dem Druck der Ententestaaten!) die eigenen Landesleute zur Reue zurückzuführen. Das Experiment mißglückte, die Truppen blieben, rund 25-30 000 Mann stark, im Baltikum stehen, „Fürst“ Nikolai-Bernmond untertrahmte seinen bekannten Vorstoß gegen Riga, der so jämmerlich scheiterte, die Entente sprach die Blockade über die Ostsee aus und schädigte dadurch auf schwerste Handelsentwicklung und deutsche Volksernährung, der frühere Kommandeur im Baltikum, Graf von der Goltz, ward abberufen und die deutschen und deutschgebliebenen Truppen wurden dem General von Eberhard unterstellt. Eine Entente-Kommission reiste nach dem Baltikum, die Bernmondsche Armee verfiel in völlige Auflösung und die enttäuschten und verführten ehemals deutschen Soldaten, die sich einer „russischen“ Armee zum Kampfe gegen den Bolschewismus angeschlossen hatten, fanden nun vor dem Nichts. Es gelang nun, sie zur Rückkehr zu überreden, zu der die Entente drängte. Aber nun waren sie durch feierliche Erklärung der Staatsregierung zu ihres Staatsrechtes verlustig gegangen, waren „Auslanddeutsche“, ja nicht einmal mehr Reichsdeutsche, sondern auslanddeutsche Staatenlose (denn russische Staatsangehörigkeit hatte ja Herr Bernmond noch nicht zu vergeben). Dieser schwierigen Lage gegenüber tut nun, wie in der Halbmonatschrift des Deutschen Auslands-Instituts „Der Auslandsdeutsche“ mitgeteilt wird, Minister Noske, was das einzig richtige ist: er erklärt, daß der feierliche Entschluß der Reichsregierung rückgängig gemacht werden müsse. Die Entente verlange, daß diese ehemals Bernmondschen Truppen als Deutsche betrachtet werden müßten, und es sei auch praktisch unmöglich, 20 oder 25 000 Deutsche nun nach Deutschland bereinzunehmen, ihnen jedoch zu erklären, sie seien keine Deutsche mehr. Auch die Sperre der Löhne und der Zufuhr müßten wieder aufgehoben werden. So kehren also die Truppen als deutsche Reichsangehörige wieder zurück, werden auch nicht mehr als fahnenflüchtig betrachtet (was ihnen der Erlaß der Reichsregierung auch angedroht hatte!) und werden abberufen. Eine staatsrechtlich wie staatspolitisch höchst lehrreiche Episode, über die einmal eine Doktorarbeit geschrieben werden mag, aber auch eine Feenbildung eines für unsere allgemeine Politik auf die Dauer doch höchst gefährlichen Zustandes, die man begreifen muß. Böllig unorientiert sind wir derzeit nur über die Lage des baltischen Deutschland. Ein großer Flüchtlingsstrom hat sich ins Deutsche Reich mit den rückkehrenden Truppen zurückergossen, ein großes Hilfsweck gilt es, für die Betroffenen aufzubauen. Die Balken haben unter dem Krieg Entsehlisches gelitten. Hoffentlich bringt ihnen der baldige formelle Friedensschluß nun das „Recht der Minderheiten“, auf das sie vollen Anspruch haben.

40 Millionenkredit für Oesterreich.

Amsterdam, 19. Dez. Laut Telegramm meldet Evening Standard, daß England u. Frankreich übereingekommen sind, Oesterreich einen Kredit von 40 Millionen Pfund Sterling zu gewähren.

England hat keine neuen Verpflichtungen gegen Frankreich übernommen.

London, 19. Dez. In einer Erklärung über die auswärtige Politik sagte Lloyd George u. a.: Die britische Regierung hat in Sachen des englisch-französischen-amerikanischen Vertrages Frankreich gegenüber keine Verpflichtungen auf sich genommen und zwar aus dem einfachen Grunde, weil sie nicht annehmen kann, daß die Vereinigten Staaten die Unterzeichnung des Vertrages durch ihren Vertreter in Paris nicht anerkennen werden.

Araberkonflikt in Mesopotamien.

Amsterdam, 19. Dez. Telegramm meldet aus London: Die englischen Blätter berichten über einen ersten Aufstand der Araber in Mesopotamien. Die Stadt Bagdad (V) wurde von arabischen Truppen genommen und die dortigen Re-

